

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)**

- a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 14/1825 –**

**Jahresbericht 1999 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit**

- b) zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 14/2238 –**

**Fortsetzung der Berichterstattung der Bundesregierung  
zum Stand der Deutschen Einheit**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Luther, Dr. Paul Krüger,  
Günter Nooke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 14/1715 –**

**Weiterführung des Jahresberichtes der Bundesregierung  
zum Stand der Deutschen Einheit**

### **A. Problem**

Trotz erheblicher Fortschritte bei der Überwindung der deutschen Teilung ist die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West noch nicht vollzogen. Dies gilt für die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie für die persönliche Lebenssituation der Menschen. Um die innere Einheit unseres Landes weiter zu befördern, brauchen die neuen Länder die solidarische Unterstützung des Gesamtstaates. Aus diesen Gründen besteht ein dringender Bedarf nach einem jährlichen Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Der am 9. Mai 1996 gefasste Beschluss des Deutschen Bundestages, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, in einem solchen Bericht Rechenschaft über ihre Politik zur Angleichung der sozialen,

ökonomischen, politischen und kulturpolitischen Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland abzugeben, war auf drei Jahre befristet.

#### **B. Lösung**

Kenntnisnahme des Jahresberichts 1999 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit.

Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Berichterstattung zum Stand der Deutschen Einheit auf Basis des Berichts des Jahres 1999 bis zum Jahr 2004 jährlich zu aktualisieren.

#### **Mehrheit im Ausschuss**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags der Fraktion der CDU/CSU, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit weiterhin jährlich in gleicher Form bis einschließlich des Jahres 2004 dem Parlament zur Debatte vorzulegen.

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/1825 – zur Kenntnis zu nehmen,
- b) den Antrag – Drucksache 14/2238 – anzunehmen,
- c) den Antrag – Drucksache 14/1715 – abzulehnen.

Berlin, den 19. Januar 2000

### **Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder**

**Dr. Paul Krüger**  
Vorsitzender

**Dr. Mathias Schubert**  
Berichterstatter

**Dr. Michael Luther**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Dr. Mathias Schubert und Dr. Michael Luther

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/1825 – in seiner 69. Sitzung am 11. November 1999 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/1715 – in seiner 69. Sitzung vom 11. November 1999 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Sportausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

In seiner 79. Sitzung am 16. Dezember 1999 hat der Deutsche Bundestag den Antrag nachträglich zusätzlich zur Mitberatung an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen überwiesen.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2238 – in seiner 76. Sitzung vom 2. Dezember 1999 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

*Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825*

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und einvernehmlich deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und einstimmig deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 die Unterrichtung durch die Bundesregierung beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und einstimmig beschlossen, die Kenntnisnahme der Unterrichtung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und einstimmig deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und einstimmig deren Kenntnisnahme empfohlen. Der nachfolgend abgedruckte Antrag der Fraktion der CDU/CSU im Ausschuss wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt:

*Der Ausschuss wolle beschließen, gegenüber dem federführenden Ausschuss wie folgt Stellung zu nehmen:*

- 1. Der Jahresbericht 1999 zeigt wie die Vorgänger – Berichte zu Recht die großen finanziellen Anstrengungen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur der neuen Bundesländer, in die Modernisierung des Wohnungsbestands und die Verbesserung des Wohnumfeldes auf sowie die dabei seit 1990 unübersehbar und unbestritten erzielten Erfolge zu Gunsten der Bürger in den neuen Ländern. Dazu zählt erfreulicherweise auch die Feststellung der Bundesregierung, dass sich Befürchtungen der die Bundesregierung tragenden Koalitionsparteien nicht bewahrheitet haben, der Übergang in das marktwirtschaftlich orientierte Vergleichsmietensystem werde zu Mietsprüngen führen.*
- 2. Der Ausschuss weist mit Bedauern darauf hin, dass durch die Bundeshaushalte für 1999 und 2000 entgegen dem Berichtstenor eine Förderpolitik des Bundes eingeleitet wird, die dem weiterhin hohen Investitionsbedarf in die Instandsetzungsbedürftige Bausubstanz, in die städtebauliche Weiterentwicklung und in den Prozess der*

Eigentumsbildung nicht mehr gerecht wird. Durch die drastische Kürzung der Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau werden in den neuen Ländern ab 2000 180 Mio. DM weniger für neue Förderprogramme bei Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen seitens des Bundes zur Verfügung stehen, ab 2001 235 Mio. DM weniger. Gleichzeitig sollte die Finanzkraft der Länder und Kommunen in Ostdeutschland nach den erst im Vermittlungsverfahren gescheiterten Vorschlägen der Bundesregierung durch die beabsichtigte Lastenverteilung beim pauschalierten Wohngeld um mindestens  $\frac{1}{4}$  Mrd. DM jährlich geschwächt werden. Über diese zu erwartenden negativen Auswirkungen kann auch die zu begrüßende Fortführung des KfW-Wohnraummodernisierungsprogramms nicht hinweg täuschen, zumal sich bei der Programmaufstockung erstmals auch die Länder hälftig an den Kosten beteiligen müssen.

3. Der Ausschuss bedauert ferner, dass bei den parlamentarischen Beratungen der von der neuen Bundesregierung vorgelegten Bundeshaushaltsplänen auch aus konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Gründen gebotenen Anträge auf Aufstockung der Städtebauförderung auch in den neuen Ländern abgelehnt wurden, trotz früherer Versprechungen der die Bundesregierung tragenden Fraktionen.
4. Der Ausschuss erwartet, dass der vage Hinweis im Jahresbericht auf laufende „Gespräche über eine mögliche Novellierung“ des Altschuldenhilfegesetzes unverzüglich in eine entsprechende gesetzliche Initiative münden, ohne Grund-Intention und -konstruktion dieses erfolgreichen Gesetzes in Frage zu stellen.

Dies gilt ebenso für die im Jahresbericht angesprochenen Handlungsbedarfe bei der Immobilienrechtsbereinigung wie zur Verbesserung der schlechten Zahlungsmoral, wo entgegen der Aussage im Bericht seitens der Bundesregierung noch keine gesetzliche Initiative bislang ergriffen wurde, entsprechende aus den Reihen des Parlaments eingebrachte Gesetzesvorschläge nur eine schleppende Behandlung erfahren.

5. Der Ausschuss erwartet, dass der noch erhebliche Nachholbedarf in der Verkehrsinfrastruktur der neuen Bundesländer über die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit hinaus zügig beseitigt wird. Obwohl die enormen Investitionen in die Verkehrswege der neuen Bundesländer in den Jahren seit der Wiedervereinigung inzwischen zu einer weitgehenden Annäherung geführt haben, sind dennoch weiterhin beträchtliche Aufwendungen notwendig, um die Lebensverhältnisse im Osten denen des Westens anzugleichen. Demgegenüber lassen die drastischen Kürzungen, die der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit dem Investitionsprogramm für die nächsten 8 bis 10 Jahre vorgesehen hat, befürchten, dass sie das Aus für eine große Zahl wichtiger Verkehrsprojekte in den neuen Bundesländern bedeuten, insbesondere für viele Ortsumfahrungen, die für die Entlastung der Bürger und der Umwelt angesichts der erheblichen Verkehrszuwächse dringend notwendig sind. Die Länderverkehrsminister haben auf ihrer Verkehrskonferenz am 3./4. November 1999 erneut fest-

gestellt, dass bei den Bundesfernstraßen die deutlich rückläufige Finanzausstattung in krassem Widerspruch zu ihren Beschlüssen vom 20./21. November 1997 und 16./17. April 1998 steht, wonach ein zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf von etwa 4 Mrd. DM besteht. Dies führe dazu, dass der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur außerhalb der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit nicht im notwendigen Umfang fortgeführt werden kann.

Der Ausschuss fordert die Bundesregierung auf, den noch erheblichen Nachholbedarf und eine hierfür ausreichende Finanzierung bei der anstehenden Fortschreibung der Bedarfspläne zu berücksichtigen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und einvernehmlich deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1825 beraten und einvernehmlich deren Kenntnisnahme empfohlen.

Antrag auf Drucksache 14/2238

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2238 empfohlen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen der F.D.P. und der PDS, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2238 empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 einstimmig empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/2238 anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 einvernehmlich bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2238 empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/2238 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 einstimmig empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/2238 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU, die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2238 empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/2238 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 einstimmig, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/2238 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/2238 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und F.D.P., bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/2238 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/2238 anzunehmen.

#### *Antrag auf Drucksache 14/1715*

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/1715 abzulehnen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/1715 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/1715 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner Sitzung am 19. Januar 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/1715 abzulehnen.

### **III. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen**

Mit dem Jahresbericht 1999 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit – Drucksache 14/1825 – zeigt die Bundesregierung Schwerpunktbereiche auf, in denen sie den Aufbau Ost fortführen will. Sie stellt klar, dass sie an dem Föderalen Konsolidierungsprogramm (Solidarpakt)

auch weiterhin festhalten werde. Die gesamtstaatliche Aufgabe Aufbau Ost erfolge jedoch vor dem Hintergrund der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung bei Bund und Ländern und stelle daher eine besondere Herausforderung dar. Hinsichtlich der Darstellung der Leistungen für den Aufbau Ost aus dem Bundeshaushalt werde die neue Bundesregierung vor allem solche Zahlungsströme herausstellen, die der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland in besonderer Weise zugute kommen. Staatliche Leistungen, die jedem Bürger in Ost und West zustünden, wenn er nur bestimmte Voraussetzungen erfülle, würden nicht als Leistungen für die neuen Länder ausgewiesen.

Mit dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/2238 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Berichterstattung zum Stand der Deutschen Einheit auf der Basis des Berichts des Jahres 1999 bis zum Jahr 2004 jährlich zu aktualisieren. Da die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West trotz zahlreicher Erfolge noch nicht vollständig vollzogen sei, die neuen Länder vielmehr noch immer unter zahlreichen strukturellen Defiziten litten, müsse die ursprünglich auf drei Jahre begrenzte Berichterstattung fortgesetzt werden. Dabei solle sich die Berichterstattung noch stärker als bisher auf die wesentlichen Politikfelder und die ergriffenen Maßnahmen konzentrieren. Auf diese Weise könne der erreichte Stand der Entwicklung der Deutschen Einheit und das Politikkonzept der Bundesregierung für die neuen Länder prägnant sichtbar gemacht werden. Der Bericht solle dem Deutschen Bundestag jeweils anlässlich des Jahrestages der deutschen Vereinigung vorgelegt werden.

Mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit weiterhin jährlich in gleicher Form wie bisher bis zum Jahr 2004 vorzulegen. Im Rahmen des Berichts solle die Bundesregierung Rechenschaft ablegen über ihre Politik zur Angleichung der Lebensverhältnisse der Menschen im vereinten Deutschland. Darüber hinaus solle sie darüber Auskunft geben, was sie im laufenden Jahr zu tun gedenke, um weitere Fortschritte bei der Herstellung der Deutschen Einheit zu erzielen. Der Bericht solle jeweils anlässlich des Jahrestages der deutschen Vereinigung debattiert werden.

### **IV. Ausschussberatung**

Der federführende Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder hat die Unterrichtung auf Drucksache 14/1825 sowie die Anträge auf Drucksache 14/2238 und 14/1715 in seiner 30. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten. In dieser Sitzung hat der Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der F.D.P. und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, Kenntnisnahme des Berichts auf Drucksache 14/1825 zu empfehlen.

Hinsichtlich des Antrags auf Drucksache 14/2238 hat der Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Hinsichtlich des Antrags auf Drucksache 14/1715 hat der Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS die Ablehnung empfohlen.

Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen führten aus, dass die von der neuen Bundesregierung gestarteten Aktivitäten im zentralen Bereich der Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wie beispielsweise das neue Programm „InnoRegio“ oder das Sofortprogramm zum Abbau von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmangel sehr erfolgreich angelaufen seien. Hinsichtlich der Fortschreibung des Berichts zum Stand der Deutschen Einheit seien die Koalitionsfraktionen der Auffassung, dass jeweils zum Jahrestag der deutschen Vereinigung dem Deutschen Bundestag ein Bericht der Regierung vorgelegt werden solle. Ein solcher Bericht zum Stand der Deutschen Einheit solle jedoch gerade keine aus den Informationen zu ziehenden Konsequenzen enthalten, da diese im Dialog zwischen Regierung und Parlament entwickelt werden müssten.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU kritisierten, dass der Jahresbericht 1999 nicht mehr die Tiefe und Materialdichte seiner Vorgänger aufweise. Des Weiteren gingen aus dem Bericht nicht die noch zu überwindenden teilungsbedingten Nachteile hervor. Mit ihrem Konzept der Schwerpunktsetzung vereitele die Regierung einen realistischen

Überblick über Fortschritte und Defizite. Vielmehr nutze sie die Möglichkeit, sich auf die Punkte zu konzentrieren, die einen positiven Eindruck vermitteln könnten. Erforderlich sei jedoch die Erarbeitung eines umfassenden Berichts, der den tatsächlichen Stand der Deutschen Einheit erkennen lasse. Aus den angeführten Gründen sei der Bericht insgesamt unzureichend und könne daher nicht zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Aus eben diesen Gründen beantrage die Fraktion die Rückkehr zur bisherigen Art und Weise der Berichterstattung.

Der Vertreter der Fraktion der PDS kritisierte den Bericht der Bundesregierung als widersprüchlich, befürwortete jedoch in jedem Fall die Fortsetzung der jährlichen Berichterstattung.

Der Vertreter der Bundesregierung wies darauf hin, dass in den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit deshalb nicht sämtliche Daten eingearbeitet worden seien, weil es auch andere Quellen wie beispielsweise den Finanzbericht 2000 gebe, aus denen sich Informationen über den Aufbau Ost im Bundeshaushalt ergäben. Im Übrigen gebe die reine Information darüber, welche Mittel für bestimmte Maßnahmen zur Verfügung gestellt würden, keine Auskunft über den Grad der Aufgabenbewältigung. Die Schwerpunktsetzung erleichtere die Lesbarkeit des Berichts und sichere ihm auf diese Weise auch eine weite Verbreitung.

Berlin, den 19. Januar 2000

**Dr. Mathias Schubert**  
Berichterstatter

**Dr. Michael Luther**  
Berichterstatter

